

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **61 (1981)**

Heft 11

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

TOD EINES FRIEDENSKÄMPFERS

Der Anschlag, der Anwar el Sadat das Leben gekostet hat, war nicht die Tat einiger weniger Fanatiker, sondern erforderte angesichts der stets gründlichen ägyptischen Sicherheitsvorkehrungen lange Vorbereitung und viele Komplizitäten. Der Vergleich zwischen den ausländischen Trauergästen diesmal und bei Nassers Begräbnis vor 21 Jahren beleuchtet die fast vollständige Isolierung Sadats in der arabischen und insgesamt der «Dritten» Welt.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die nie an die Bedeutung des «Camp-David-Friedens» geglaubt und die entsprechend dem «Rais» nie dazu gratuliert hatten, betrauern den Hingang des Staatsmanns – einer der wenigen, die durch menschlichen Anstand und Freiheit gegenüber Konventionen Sympathie verdienten. Beginn habe ihm die Aufgabe erschwert, sagen jetzt diese Europäer. Haben sie sie ihm erleichtert?

Wie kam der Staatsführer, der den Jom-Kippur-Krieg ausgelöst hat und dessen Truppen den Suezkanal überquerten, dazu, fünf Jahre später vor der Knesseth zu sprechen? Es war ein Gegenzug gegen den amerikanischen Vorschlag, die Fragen des Nahen Ostens wiederum in Genf unter Einbeziehung der Sowjetunion zu diskutieren. Für die Ägypter war die Ausweisung der zahlreichen herrischen sowjetischen Berater eine Befreiung gewesen. Sie hatten diese Bindung als Rückfall in den überwundenen Kolonialstatus erfahren.

Sadat wählte den direkten Kontakt mit Israel, um die Amerikaner vor ein «Fait accompli» zu stellen. Er war, so könnte man sagen, «westlicher als der Westen» – das hatte er mit den Führern der Volksrepublik China nicht zufällig gemein, die gleichfalls ein sowjetisches Quasi-Protectorat hinter sich hatten und durch diese Erfahrung traumatisiert waren. Im Westen wird oft unterschätzt, was Sadat dafür gewann: fast alle Gebiete mit Häfen und Ölquellen, die Nasser durch seinen schlecht vorbereiteten Angriffskrieg verloren hatte. Noch im Mai hörte ich in Washington einen Politiker sagen, Israel habe den Rais «schwer enttäuscht». War ihm die Rückgewinnung ägyptischer Gebiete denn weniger wichtig als die Eigenstaatlichkeit eines Palästinas? Ägyptens Konzessionen an Israel – auch die Anerkennung – können rückgängig gemacht werden, die Wiedergewinnung des Sinais nicht.

Wer verfolgt, wie jeder arabische Staat bestimmte Palästinenser ermutigt, andere gängelt – am deutlichsten ist das in Syrien und Libyen – der weiss, dass die Sehnsucht nach einem wirklich unabhängigen Palästina bei den Nachbarn nicht eben überwältigend ist. Zudem haben der iranisch-irakische Krieg, Gaddhafis Griff nach Tschad, der auch Sudan bedroht, nicht mit der Solidarität gegenüber den Palästinensern zu tun. Sie ist ein wichtiges, nicht das einzige Element der Nah-Ost-Krise.

Über die Zukunft von Sadats Politik ohne Sadat wird nunmehr viel ge-

werweist. Wenn unter den heutigen Propheten im Westen einer ist, der 1973 den ägyptisch-israelischen Frieden vorausgesagt hat, so verdient er Gehör. Gibt es diesen einen? Vor dem Fernsehen hat Henry Kissinger wichtigtuertlich erklärt, für Mubarak seien «Sadats Schuhe zu gross». Wer kannte denn bei Nassers Tod die Schuhgrösse Sadats?

War es Vorsicht der Behörden, war es Mangel an innerer Beteiligung – das Volk hat beim letzten Geleit des

Rais gefehlt. Die Einsamkeit im Tod des nichtkonformistischen Politikers, der für den Frieden jedes Risiko eingegangen ist, und die Friedenskundgebung der dreihunderttausend in Bonn, deren politische Folgen mit den echten Sorgen und Wünschen der Demonstranten vermutlich wenig gemein haben werden – das bot an jenem 10. Oktober einen Kontrast, über den man nachdenken darf.

François Bondy

FÜHRUNGSSCHWÄCHE – EIN PROBLEM DER POLITISCHEN STRUKTUREN

Es ist in den letzten Wochen viel von Entscheidungsschwäche des Bundesrates die Rede gewesen – zweifellos nicht zu Unrecht, wenn man sich den konkreten Anlass, den berüchtigten «Nullentscheid» zum Kraftwerk Kaiseraugst, und die entsprechenden Vorgänge innerhalb der Landesregierung vor Augen hält. Doch diese Vorgänge haben teilweise Ursachen, die einerseits in unserem System, andererseits im Umstand liegen, dass der Bundesrat nicht mehr unbedingt das ist, was er gemäss eben diesem System sein sollte: eine Kollegialbehörde.

Um beim zweiten Punkt anzusetzen: Zwar ist es nach wie vor so, dass sich die Bundesräte fast ausnahmslos an das traditionelle ungeschriebene Gesetz halten, wonach sie sich nicht einfach als Parteienvertreter verstehen, sondern wert auf eine gewisse «freundschaftliche Distanz» zu ihren Parteien legen. Als besonders augenfälliges Beispiel sei Bundesrat Ritschard erwähnt, der aus seiner politischen Grundaus-

richtung zwar nie ein Hehl gemacht hat, sich im Zweifelsfalle aber ausnahmslos stärker an seine Regierungsverantwortung als an momentane Pendelausschläge der Linie seiner Parteigremien gebunden fühlt. Trotzdem scheint das Kollegialprinzip nicht mehr optimal zu spielen.

Es ist schwer, die Gründe dafür umfassend von aussen zu diagnostizieren. Doch fallen offenbar vor allem drei Umstände immer stärker ins Gewicht. Erstens wird die Geschäftslast der einzelnen Departementschefs immer schwerer und umfangreicher. Das hat zur Folge, dass sich jeder immer stärker, um nicht zu sagen ausschliesslich, mit seinen eigenen Problemen herumschlägt und sich dadurch mit dem Gesamtüberblick, einer wesentlichen Voraussetzung des Kollegialprinzips, immer schwerer tut. Es ist ein offenes Geheimnis, dass damit auch eine wachsende Isolierung der Regierungsmitglieder verbunden ist: Man sieht sich fast nur noch an offiziellen Terminen,

es sei denn, dass zwischen einzelnen Magistraten besonders enge persönliche Beziehungen bestehen.

Dieser Hintergrund bietet wohl auch eine Teilerklärung für jenen «Schwarzen Montag», als der Gesamtbundesrat in der Kaiseraugstfrage völlig unerwartet – und eigentlich wohl auch für die Exekutivmitglieder selbst überraschend – gewissermassen «aus der Fassung» geriet und sozusagen aus dem Handgelenk den antragstellenden Departementschef aus einer politischen «Gemütslage» der Verunsicherung heraus mit einer sachlich fragwürdigen und vom Timing her geradezu dilettantischen Jein-Entscheidung überspielte. Denn wenn das Prinzip kollektiver Entscheidung nicht getragen ist vom Geist der Kollegialität auch in der Entscheidungsvorbereitung sowohl in sachlicher wie in menschlicher Beziehung, dann wächst die Gefahr, dass gerade in heiklen Fragen allzu sehr aus der politischen «Tagesstimmung» heraus entschieden wird.

Ein weiteres Problem erwächst dem Kollegialsystem offensichtlich immer penetranter aus den veränderten Publizitätsgewohnheiten. War es noch vor zehn Jahren recht schwierig, ein Mitglied der Landesregierung zum Beispiel auf den Bildschirm zu bringen – erlaubt waren dabei grundsätzlich nur «Statements» und keine Diskussionen –, so ist die Praxis inzwischen ins andere Extrem umgeschlagen: Bundesräte sind zum bevorzugten Freiwild für Medien aller Arten und jeden Niveaus geworden. Dabei sprechen sie naturgemäss auch immer häufiger «im persönlichen Namen» und nicht als Sprecher des Kollegiums, da vorherige Absprachen angesichts der heutigen Informationsgewohnheiten schon aus

Termingründen meist nicht mehr möglich sind. Vielleicht wäre es angezeigt, wenn sich die Landesregierung einmal grundsätzlich Gedanken über die Konsequenzen dieses Sachverhalts auf die Regierungstätigkeit machen würde. Um ein aktuelles Beispiel zu zitieren: Bundesrat Schlumpf hatte informelle Gespräche mit der Kaiseraugst AG über die Möglichkeit eines Bauverzichts und entsprechende finanzielle Ansprüche zu führen, während Bundesrat Ritschard zu gleicher Zeit in einem grossen Interview zur Finanzlage der Eidgenossenschaft beiläufig erklärte, der Bund habe die Mittel nicht für allfällige Entschädigungsverpflichtungen. Er tat dies aus seiner Sicht in guten Treuen, sicherlich ohne zu realisieren, dass er damit den Explorationsauftrag seines Kollegen ins Zwielficht brachte. Sollten sich solche «Betriebsunfälle» häufen, dann würde dies die Glaubwürdigkeit und damit letzten Endes auch die Arbeitsfähigkeit des Kollegiums wesentlich beeinträchtigen.

Wenn der Bundesrat an Entschlussfreudigkeit verloren zu haben scheint, dann liegt dies aber auch am System der Entscheidungsabläufe selbst. Wir sind – nicht nur in der Politik – stark in der Analyse und lassen unermüdlich «Gesamtkonzeptionen» ausarbeiten, finden dann aber vor lauter «Sachwissen» den Rank zur Realisierung immer schwerer. Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass die zeitlich immer langwierigere Beschaffung von Entscheidungsgrundlagen häufig dazu führt, dass das öffentliche Klima sich inzwischen bis zum Gegenteil verändern kann. Und dem Bundesrat fällt dann die Aufgabe zu, auf Grund von Sachwissen, dessen Fragestellungen poli-

tisch längst unterlaufen sind, «politisch mögliche» Vorlagen zu präsentieren.

Kurz: Der Vorwurf nachlassender Entscheidungsfähigkeit des Bundesrats hat einiges für sich. Es wäre aber nicht

nur falsch, sondern unfair, die Verantwortung dafür einfach den gegenwärtigen Amtsinhabern in die Schuhe zu schieben.

Richard Reich

UNSICHERE WIRTSCHAFTSPOLITIK ERHÖHT DIE KOSTEN

Der Atomkraftwerkentscheid des Bundesrates, der *keiner* war, hat bekanntlich eine Flut von Reaktionen und Kommentaren ausgelöst. *Eine* Konsequenz dieses Entscheides hat allerdings wenig Beachtung gefunden, nämlich die erhöhte wirtschaftspolitische *Unsicherheit*, die mit ihm entstanden ist. Sie wirkt sich auf zwei Ebenen aus: einmal auf die im Atomkraftwerkbau engagierten Unternehmen, die sich bezüglich der Produktionsperspektiven in einem mehr oder weniger grossen Vakuum befinden, sich also mit Planungsunsicherheiten konfrontiert sehen. Und sodann natürlich auf der Ebene der Energieversorgung. Der Bundesrat bejahte zwar die Notwendigkeit eines weiteren Atomkraftwerkes im Blick auf die Sicherstellung der Energieversorgung. Wie dieses nicht ganz unwesentliche Ziel aber erreicht werden soll, vermag heute niemand mit einiger Zuverlässigkeit anzugeben.

Es gehört zu den Grundeigenschaften einer guten Wirtschaftspolitik, dass sie den künftigen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung aufzeigen kann. Sie muss Verhaltenssignale an die Wirtschaftssubjekte aussenden, um sie damit in die Lage zu versetzen, ihre einzelwirtschaftlich dimensionierten Entscheide auf die wirtschaftspolitisch determinierten Prioritäten auszurichten. Wirtschaftspolitische Zielsetzun-

gen sind in diesem Sinne Fixpunkte des einzelbetrieblichen Verhaltens und Entscheidens. Die Wirtschaftspolitik muss *Sicherheit* schaffen bzw. Unsicherheiten, die die einzelwirtschaftliche Entscheidungsfindung erschweren, beseitigen. Gelingt ihr dies nicht, so muss sich die auf der wirtschaftspolitischen Ebene auftretende Unsicherheit auch auf die Unternehmungen übertragen. Die Wirtschaftspolitik wird dann zur Quelle von Entscheidungsunsicherheiten im Bereiche der Produktionsdispositionen.

Dies ist der Grund, weshalb die Wirtschaftspolitik für die Einzelwirtschaften «berechenbare» (und verlässliche) Akzente zu setzen hat, weshalb sie sich hüten sollte, hin und her zu springen oder gar auf Entscheide dort zu verzichten, wo diese möglich sind. Und die Wirtschaftspolitik kann diese Qualität nur dann erhalten, wenn die Träger der Wirtschaftspolitik auch vor harten und unpopulären Entscheiden, seien sie für ein bestimmtes Geschäft positiv oder negativ, nicht zurückschrecken. Die Wirtschaftssubjekte müssen wissen, *wo* sie stehen. Unsicheres und zögerndes Taktieren dagegen birgt die Gefahr in sich, dass gesamtwirtschaftliche Kosten entstehen, die unter der Voraussetzung klarer Entscheide zu vermeiden gewesen wären.

Willy Linder